

MEHR MARKTWIRTSCHAFT WAGEN

BESCHLUSS DES 16. BUNDESMITTELSTANDSTAGS AM 8./9. SEPTEMBER 2023

Die MIT fordert eine marktwirtschaftliche Agenda 2030 der Bundesregierung. Diese Agenda muss mindestens folgende Bausteine enthalten, um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten:

1) Unternehmensgründungen sind zu fördern:

- In den Schulen (Abschlussjahrgänge) und insbesondere in den Universitäten sind Kurse/Vorlesungen in Abstimmung mit den Ländern zum Thema „Mein Weg zur unternehmerischen Selbständigkeit“ anzubieten.
- Eigenkapitalhilfe und Beteiligungsfonds sind auszubauen/zu fördern.
- Erfolgreiche Unternehmer sind vom Bundespräsidenten und Bundeskanzler vierteljährlich auszuzeichnen, darunter die erfolgreichsten Unternehmensgründungen.

2) Ordnungspolitik muss die Bundesregierung leben. Staatliche Eingriffe müssen wieder die Ausnahme werden, politischer Dirigismus ist abzuschaffen. Dazu gehören insbesondere:

- Staatliche Regulierungen sind auf die der nationalen Sicherheit, der Kriminalitätsbekämpfung, der Sicherstellung des Wettbewerbs und der Absicherung gegen soziale Notlagen zu reduzieren. Dadurch nicht mehr benötigte Stellen im Bund, den Ländern und Kommunen sind aus den Haushaltsplänen zu streichen.
- Strukturwandel ist zuzulassen.
- Energiepreise müssen im Rahmen der europäischen Wettbewerbsregeln um alle Belastungen bis auf die CO₂-Abgabe reduziert werden. CO₂-Preise sind in allen Sektoren zu erheben, so dass das Erreichen der Klimaziele sichergestellt ist. Die Einnahmen aus dem Verkauf der benötigten CO₂-Zertifikate sind zur Reduzierung der Abgabenlast zu nutzen.
- Grundlagenforschung ist zu Lasten von Anwendungssubventionen zu intensivieren (u. a. in Kernfusion und Wasserstoff).

3) Zur Zukunftssicherung sind Investitionen zu Lasten neuer Sozialausgaben auszuweiten, insbesondere in den Bereichen:

- Öffentliche Infrastruktur wie z. B. Straßen, Brücken, Schulen und Universitäten
- Digitale Infrastruktur wie verfügbare Glasfasernetze in allen Regionen und deutschlandweit verfügbare digitale Angebote für öffentliche Verwaltungsdienstleistungen.

4) Die Schuldenbremse ist einzuhalten, Schulden von heute sind Steuern von morgen! Schulden aus sogenannten Sondervermögen sind in den ordentlichen Haushalt aufzunehmen. Die Staatsfinanzierung durch die EZB ist einzustellen. Zur Zielerreichung sind:

- Haushalte den Einnahmen anzupassen
- Wettbewerbsfähigkeit und Selbstverantwortung zu erhöhen
- Wertpapierankäufe durch die EZB einzustellen.

Begründung:

Deutschland fällt in den Ranglisten zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit zurück. Dies gefährdet den Wohlstand in der Zukunft. Eine marktwirtschaftliche Agenda schafft hier die Basis für einen neuen deutschen Aufschwung.

Zu 1): Unternehmertum fördern Es gibt in Deutschland keine Rahmenbedingungen mehr, die eine Begeisterung in der Gesellschaft schaffen, Unternehmer zu werden. Dazu gehört zunächst die gesellschaftliche Anerkennung unternehmerischer Leistung. Eine ausreichende Wertschätzung für die Unternehmerinnen und Unternehmer fehlt in Deutschland, insbesondere in der Politik. Die Gruppe der Unternehmerinnen und Unternehmer ist verhältnismäßig klein und heterogen, so dass sie als Wählergruppe unattraktiv ist.

Zu 2): Ordnungspolitik muss die Bundesregierung wieder leben. Staatliche Eingriffe müssen wieder die Ausnahme werden, politischer Dirigismus ist abzuschaffen. Die ausufernde Regulierungswut in der Gesetzgebung hat sich zu einer Belastung für die Unternehmen entwickelt, die insbesondere den Mittelstand an seine Belastungsgrenze führt und Unternehmerinitiative erstickt. Dies erleben aber auch alle Bürger unseres Landes in den meisten Lebensbereichen, besonders in ihrem beruflichen Arbeitsleben. Nicht mehr nötig sind nach der Streichung aller Belastungen der Energiepreise bis auf die sektorübergreifende und mengengesteuerte CO₂-Abgabe die bürokratischen, dirigistischen, politisch willkürlichen und ineffizienten Gesetze über Heizungsanlagen, PKW-Motoren, Häusersanierungen etc. Gleichzeitig wird für Umweltverschmutzung durch CO₂ ein Preis verlangt. Die Einnahmen fließen durch allgemeine und sozial gestaffelte allgemeine Abgabentlastungen an die Bürger zurück. Sämtliche Versuche, die Regulierungs- und Bürokratievielfalt zu reduzieren, sind in der Vergangenheit leider erfolglos geblieben. Ein Erfolg in der Umsetzung erfordert ein radikales Umdenken und Handeln. Deutschland muss wieder eine Technologieführerschaft in Zukunftsbranchen

erreichen. Dazu ist die Grundlagenforschung auszuweiten. Deutsche Erfolge bei der Kernfusion wenden den Nachteil hoher Energiepreise in Deutschland in einen Wettbewerbsvorteil. Weniger staatliche Eingriffe, weniger staatlicher Dirigismus bedeuten auch weniger öffentliche Verwaltung und damit weniger Abgaben aller Bürger und mehr Arbeitskräfte für die private Wirtschaft.

Zu 3): Zur Zukunftssicherung sind Investitionen zu Lasten neuer Sozialausgaben auszuweiten. Deutschland hat in den genannten Bereichen dringenden Nachholbedarf. Investitionen wurden über viele Jahre zugunsten von sozialen Programmen vernachlässigt. Der Wohlstand wird dadurch gefährdet. Wer nicht investiert, fällt in der Zukunft zurück. Das gilt nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Staaten.

Zu 4): Die Schuldenbremse ist einzuhalten, Schulden von heute sind Steuern von morgen! Schulden aus sogenannten Sondervermögen sind in den ordentlichen Haushalt aufzunehmen. Die Staatsfinanzierung durch die EZB ist einzustellen. Bereits heute tragen Deutschlands Bürger international eine „Spitzenabgabenlast“. Für ausländische Hochqualifizierte ist es wenig attraktiv, in Deutschland zu arbeiten. Externe Nachfrageschocks durch Staatsschulden auszugleichen ist nur kurzfristig sinnvoll. Bei Angebotsschocks wie Lieferkettenstörungen sind sie ungeeignet und nur preistreibend. Die gigantischen Wertpapierankaufprogramme der EZB und die damit einhergehende Staatsfinanzierung haben die wachsende Verschuldung der europäischen Staaten durch zu niedrige Zinsen begünstigt und die Inflation erst ermöglicht.